Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewähr, Krieg od. sonstiger höherer Gewalt, Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 38 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 14. Februar 1933

Wirtschaftliche Abrüstung.

Wenn das Glück der Menschheit durch die Zahl der Konferenzen bestimmt würde, die vor allem seit dem Hereinbruch der Weltwirtschaftskrise abgehalten bzw. noch abgehalten werden sollen, dann würde es uns allen ganz außerordentlich gut gehen. Man kann eher umgekehrt sagen: Je mehr Konferenzen es gibt, desto schlechter geht es uns. Es ist dieselbe Geschichte wie mit der militärischen Abrüstung. Je länger darüber verhandelt wird, desto intensiver geht es an die Verstärkung der Rüstungen.

Aus der Weltwirtschaft, wie sie auf Grund der Arbeitsteilung zwischen den Völkern vor dem Kriege bestand, ist heute ein erbittertes Gegeneinander geworden. Ein jeder Staat, ein jedes Volk sucht sich dadurch aus der Krise zu retten, daß man sich möglichst scharf gegeneinander absperrt. Nur sich selbst will man gegen den Sturm der Krise schützen, obwohl man doch schon längst dunkel ahnt oder auch offen bekennt, daß gegen diesen Sturm eben nur alle Völker mit geeinter, gesammelter Kraft sich wieder aufrichten können. Diese Einigung, diese Sammlung soll, wie schon vor einem halben Jahre „gefordert" wurde, auf einer Weltwirtschaftskonferenz erfolgen, für die auch schon ein Tagungsort, sogar auch ein Präsident bestimmt ist — Macdonald, Englands Ministerpräsident —, die aber bloß den einen immerhin recht wesentlichen Nachteil besitzt, daß kein Mensch zu sagen vermag, ob und wann sie überhaupt stattfindet. Erst war sie für den Februar geplant, — daran ist gar nicht zu denken! Dann sprach man davon, sie werde im Juni stattfinden, — auch das ist abgesagt worden.

Jetzt ist in dem Bericht des Organisationsausschusses, der die Konferenz vorbereiten soll und der sehr eifrig gearbeitet hat, gar kein Termin mehr angegeben worden. Denn man hat bei diesen Vorbesprechungen eingesehen, daß es kein Mittel gibt, etwaige Vereinbarungen oder Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz dann auch praktisch zur wirklichen Durchführung bei den einzelnen Staaten und Völkern zu bringen. Und so gipfelt der Bericht des Organisationsausschusses in der Empfehlung an die verschiedenen Staaten, durch Vorverhandlungen untereinander in den nächsten Monaten den Weg zu ebnen für gegenseitige Zugeständnisse. Eigentlich ist dies auch das Vernünftigste, was man bei Lage der Dinge tun könnte, nur hat man es sich ein bißchen anders gedacht, als der Gedanke bei der Weltwirtschaftskonferenz geboren wurde. Sie sollte sozusagen das Fazit aus der Bereinigung der Weltwirtschaft vom Irrsinn der deutschen Tributverpflichtungen ziehen, aber man hat dabei die Bedeutung der interalliierten Kriegsschuldenfrage weit unterschätzt. Eine Einigung und „Flurbereinigung" hierbei zu erzielen, scheint heute viel wichtiger und — schwieriger zu sein, ist überhaupt erst die Voraussetzung für das Herangehen an die Weltwirtschaftsnöte, das auf einer solchen Konferenz erfolgen soll. Wird man aber in dieser Schuldenfrage weiter sein, wenn nach drei Monaten jener Organisationsausschuß wieder zusammentritt, um sich über den Termin für die Abhaltung der Konferenz zu unterhalten? Es ist vorläufig also noch gar nicht abzusehen, wann diese Konferenz stattfindet und ob dies überhaupt geschieht.

Mit bemerkenswerter Schärfe wendet sich der Bericht z. B. gegen die heute schon überaus zahlreichen Versuche, durch eine mehr oder weniger „kontrollierte" Inflation das überall vorhandene Defizit im Staatshaushalt zu decken oder ähnliche Wege bei der öffentlichen Arbeitsbeschaffung zu gehen. Das hat aber z. B. Dänemark in allerjüngster Zeit auch wieder getan. Englands Pfund-Abwertung verfolgte übrigens auch das Ziel, auf diese Weise — also ohne Lohnsenkung — zu einer Herabsetzung der Warenkosten und -preise zu kommen. Der Ausschußbericht empfiehlt aber das gerade Gegenteil, nämlich eine „größere Elastizität" in der Wirtschaft durch Auflockerung der Kontroll- und der tarifpolitischen Lohnbindungen.

Es hört sich natürlich sehr gut an, wenn der Ausschuß es als die Hauptaufgabe der Weltwirtschaftskonferenz erklärt, eine „wirtschaftliche Abrüstung" der Staaten und Völker anzubahnen. Daß sie ebenso notwendig ist wie die militärische Abrüstung, damit auch hier eine wirkliche Befriedung der Welt eintritt, ist von größter Selbstverständlichkeit, ist aber eine ebenso große — Theorie. Und bisher ist es nach dem Kriege doch eigentlich nur in sehr, sehr seltenen Fällen geschehen, daß man das Selbstverständliche auch Wirklichkeit werden ließ.

Die Finanzvorlage von der französischen Kammer angenommen.

Herabsetzung der Heeresausgaben um 508 Millionen.

Die französische Kammer nahm nach längerer Debatte die Kürzungen der Militärkredite in Höhe von 508 Mill. an, wie sie die Regierung gefordert hatte.

Nach über 37stündiger Sitzung hat die Kammer dann die Finanzvorlage der Regierung um 23.20 Uhr (M.E.Z.) mit 359 gegen 235 Stimmen angenommen.

Mangelnder Abrüstungswille in Genf.

Niemand will an einem Mißerfolg der Konferenz schuld sein.

Die gegenwärtigen Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz werden in unterrichteten Kreisen in wachsendem Maße unter dem Gesichtspunkt der Schuldfrage und Verantwortlichkeit für

einen etwaigen ergebnislosen Ausgang der Konferenz

gewertet. Es besteht allgemein der Eindruck, daß in den Kreisen der ehemals alliierten Großmächte nicht mehr mit praktischen Ergebnissen der Konferenz gerechnet wird, und daß daher die Haltung dieser Mächte wesentlich von dem Gesichtspunkt beeinflußt ist, im Falle eines Mißerfolges der Konferenz

die öffentliche Meinung der Welt

auf ihrer Seite zu haben. Auf französischer Seite werden die Aussichten für eine Annahme der Sicherheitspläne Frankreichs wenig günstig beurteilt. Man will daher im Falle der Ablehnung dieser Pläne auf den baldigen Abschluß eines vorläufigen ersten Abrüstungsabkommens drängen.

*

Deutschland fordert Klarheit.

Die Abänderungsvorschläge zu dem englischen Arbeitsprogramm in Genf.

Deutschlands Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, hat dem Präsidenten Henderson die deutschen Abänderungsvorschläge zu dem Arbeitsprogramm der englischen Regierung, das jetzt im Hauptausschuß der Konferenz behandelt wird, überreicht. Die deutschen Vorschläge beziehen sich lediglich auf den die materielle Abrüstung behandelnden Teil des englischen Programms. Zu dem Teil, in dem die Gleichberechtigungsfrage behandelt wird, nimmt die deutsche Abordnung nicht Stellung, da nach deutscher Auffassung die Gleichberechtigungsfrage durch Vereinbarung der fünf Großmächte vom 11. Dezember endgültig geregelt ist.

Die deutschen Vorschläge fordern u. a. eine ziffernmäßige Festsetzung der Truppenbestände für jeden Staat, Prüfung der Frage der Herabsetzung der kontinental-europäischen Armeen auf einen gleichförmigen Typus, Festsetzung einer Höchsttonnage für Tanks (falls ihre Aufrechterhaltung anerkannt wird) und Festsetzung des Zeitpunktes für die Vernichtung des verbotenen schweren Angriffsmaterials. Innerhalb von 20 Tagen sollen dem Hauptausschuß Vorschläge für die Regelung der sich auf die Truppenbestände beziehenden Fragen vorgelegt werden.

Der Hauptausschuß soll ferner unverzüglich entscheiden, ob die gesamte militärische Luftfahrt abgeschafft werden soll in Verbindung mit einer internationalen Kontrolle der Zivilluftfahrt und ob die Luftbombardierung vollständig verboten wird.

Falls das vollständige Verbot der militärischen Luftfahrt abgelehnt wird, soll der Hauptausschuß das Höchstgewicht und die Zahl der zugelassenen Militärflugzeuge festsetzen. Der Hauptausschuß soll auch zu der Frage der Befestigungen Stellung nehmen. Zum Schluß beantragt die deutsche Abordnung, der Hauptausschuß solle die notwendigen Bestimmungen für die Dauer, Kündigung und Revision des künftigen Abrüstungsabkommens treffen.

Die deutschen Abänderungsanträge bei der Durchberatung und Abstimmung über das englische Arbeitsprogramm bezwecken eine eindeutige Stellungnahme der Konferenz zu den für Deutschland entscheidenden Hauptfragen der Abrüstung herbeizuführen.

*

Paris denkt nicht an Abrüstung.

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz forderte Botschafter Nadolny unverzüglich eine Entscheidung über das Verbot und die Zerstörung der großen Angriffswaffen. Er erinnerte dabei vor allem an den Abrüstungsvorschlag Hoovers, in dem die Abschaffung der schweren Angriffswaffen als erste Vorbedingung für die allgemeine Abrüstung und Sicherheit bezeichnet wird. Der deutsche Vorschlag wurde von England unterstützt.

Auf starken Widerstand

stieß natürlich der deutsche Vorschlag bei Frankreich. Paul-Boncour erklärte, es sei „unmöglich", über das Kriegsmaterial zu beraten, ohne vorher eine grundsätzliche Entscheidung über den künftigen Charakter der Heere zu fällen. Der Umfang des Verbots des Kriegsmaterials hänge von den Heeren ab, denen die Waffen zur Verfügung gestellt würden. Das Kriegsmaterial und die effektiven Truppenbestände seien „unlösbar zusammenhängende Fragen". Nadolny, der fortgesetzt in die Aussprache eingriff, wies auf das einzig mögliche Verfahren hin, die Effektivfrage durch den zuständigen Ausschuß behandeln zu lassen und die unerläßlichen grundsätzlichen Entscheidungen über das Kriegsmaterial im Hauptausschuß sofort zu treffen.

Die Verhandlungen nahmen eine andere Wendung,

als der Reihe nach die Vertreter der französischen Staatengruppe, Tschechoslowakei, Polen, Spanien und Rumänien, eingriffen und Paul-Boncours durchsichtige Ablenkungsmanöver unterstützten. Schließlich kam ein Kompromiß zustande: Ein sogenannter Redaktionsausschuß wurde eingesetzt, der dem Hauptausschuß bis zur nächsten Sitzung die grundsätzlichen Fragen und Richtlinien für die Behandlung der Heeresfragen vorlegen soll. Der Hauptausschuß soll dann zunächst über diese Fragen eine grundsätzliche Entscheidung fällen. Botschafter Nadolny beantragte zum Schluß der Sitzung, daß vor der Überweisung der Luftrüstungen an den Luftfahrtausschuß der Hauptausschuß grundsätzliche Entscheidungen über die völlige Abschaffung der Militärluftfahrt treffen soll.

Versailles ein Unglück für die ganze Welt

Deutsche Außenpolitik.

Eine Unterredung mit Reichskanzler Hitler.

Zu einer in der Londoner Zeitung „Sunday Expreß" erschienenen angeblichen Unterredung mit dem Reichskanzler Hitler wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß verschiedene Ausführungen, die dem Reichskanzler in den Mund gelegt würden, nicht gefallen seien. Die Unterredung sei dem Obersten Etherton als Vertreter der „Daily Mail" und der ihm angeschlossenen Pressorgane bereits am 7. Februar schriftlich übergeben worden. Die Art der Veröffentlichung entspreche nicht den Abmachungen.

Da die Unterredung falsch wiedergegeben worden ist, wird nunmehr der richtige Wortlaut amtlich veröffentlicht. Auf die Frage, wie er über

das Problem der Abrüstung

denke, antwortete der Reichskanzler: Jede deutsche Regierung steht selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß eine Abrüstung mit allen Kräften anzustreben sei, aber keine irgendwie verklausulierte, sondern eine ehrliche und klare. Es hängt bei der Lösung dieses schweren Problems hauptsächlich auch davon ab, wie sich die angelsächsischen Völker, d. h. die Briten und die Amerikaner, zu dieser Frage stellen und welches Gewicht sie in die Waagschale zu legen gedenken, um die Abrüstung wirklich durchzuführen. Was Deutschland anbetrifft, so hat es seinen Anteil nicht nur in der Theorie zur Lösung dieser Frage beigetragen, sondern die größte Armee in einem Umfang abgerüstet, daß nur ein unverhältnismäßig kleines Heer zurückgeblieben ist." Auf die Frage, wie der Reichskanzler über den

Versailler Vertrag

denke, erwiderte er: „Was ich darüber denke? — Der Versailler Vertrag ist ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere Völker. Es ist ein Unglück, für immer die Welt in Sieger und Besiegte einteilen zu wollen. Der Versuch einer solchen Einteilung untergräbt das Vertrauen der Völker untereinander, was sich auch auf die Wirtschaft ausdehnt, welcher durch diesen Vertrag der schlechteste Dienst erwiesen worden ist, und was die Verbesserungsmöglichkeiten dieses verfehlten Vertrages anbetrifft, so kämpfen wir gegen die alle schädigenden Differenzen zwischen den Nationen, die dieser Vertrag aufgerichtet hat.

Ich glaube, daß nach einer Revision des Versailler Vertrages nicht nur wir rufen, sondern einst die ganze Welt rufen wird. Jedenfalls wird jede deutsche Regierung fordern, daß das in diesem Vertrag niedergelegte Unrecht wieder gutgemacht wird."

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF